Das Magazin der Freien Liste
Dezember 2023

Weiss

FREIE LISTE
2 x JA
am 21. Januar 2024

S. 18 – 21

Lasst uns Parkhäuser bauen!

S. 6
Parolen zu den Volksabstimmungen

S. 10
«Service Public» – ein Auslaufmodell?

S. 17
Die teure Ideologie der Bremser

An der Freie-Liste-Versammlung vom 24. November 2023 haben sich die Mitglieder im Rahmen einer Polit-Werkstatt ausgetauscht. Es wurden zahlreiche Ideen und Anliegen zu den Kernbereichen der Freien Liste diskutiert und gesammelt — manche neu, manche alt.

Liebe Leser:innen

Die Zeit rund um den Jahreswechsel ist geprägt von Rückblicken, Vorsätzen und Plänen. Wenn ich an die vergangenen zwölf Monate denke, dann blicke ich auf schöne Erlebnisse und interessante Gespräche zurück. Ich erinnere mich zum Beispiel gerne an die Wahlsonntage im März und April, als wir unsere neuen Gemeinderät:innen feiern durften. Und an das Gefühl, das ich hatte, als zahlreiche Menschen im September gemeinsam für Klimagerechtigkeit demonstrierten. Ich erinnere mich auch daran, wie verdutzt ich war, als Loris Vogt eine Sitzung der Ortsgruppe Schaan mit den Worten: «Vielleicht müssen wir uns ernsthaft überlegen, Parkhäuser zu bauen» eröffnete. Wer jetzt ebenso verwirrt und neugierig ist, wie ich damals, erfährt ab S. 18 mehr über die Sinnhaftigkeit von Parkhäusern. Mein Jahresrückblick umfasst aber auch frustrierende Situationen und besorgniserregende Tatsachen. Das Gemeinschaftsgefühl am Klimaaktionstag war zwar wohltuend, der Vortrag von Dr. Reinhard Steurer nach der Demonstration aber auch unbehaglich und eindringlich. Das Jahr 2023 war das wärmste Jahr seit Aufzeichnungsbeginn. Die Folgen der Klimakrise sind deutlich spürbar und bereiten mir Sorgen. Es ist frustrierend, dass notwendige Klimaschutzmassnahmen trotzdem bekämpft werden. Die Referenda gegen die beiden Energievorlagen, die am 21. Januar 2024 zur Abstimmung stehen, sind beispielhaft dafür. Diesem Umstand und der «teuren Ideologie der Bremser» widmet Valentin Ritter seinen Text auf Seite 17. Und auch über die bevorstehenden Abstimmungen hinaus wird 2024 ein politisch interessantes und bedeutendes Jahr. Beispielsweise ist die Einführung des Frauenstimmrechts ist im nächsten Juli genau vierzig Jahre her. Zeit und Anlass also, den Status Quo von Gleichstellung und Demokratie in Liechtenstein kritisch zu reflektieren — ein paar Gedanken dazu habe ich vorab auf S. 15 aufgeschrieben. Der Ausblick auf nächstes Jahr umfasst viele weitere Themen und die Freie Liste freut sich darauf, diese anzugehen. In der Zwischenzeit wünsche ich viel Spass beim Lesen!

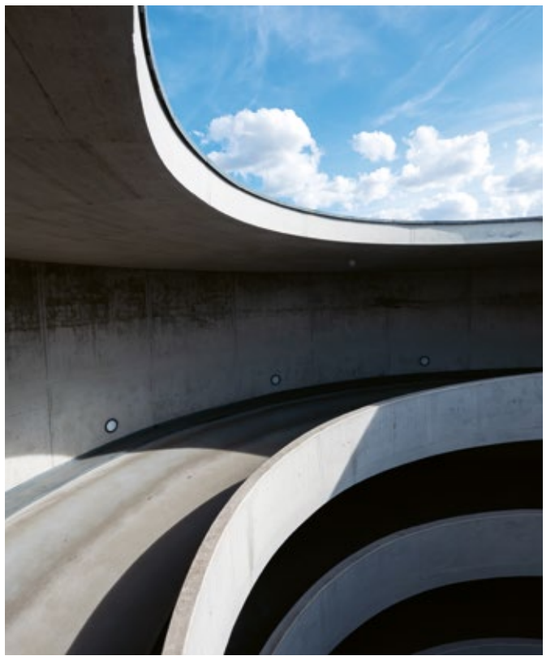
Tatjana As'Ad
Co-Geschäftsstellenleiterin der Freien Liste

sozial
S. 10

«Service Public» – ein Auslaufmodell?

demokratisch
S. 14

Er stimmt, sie stimmt – aber wer stimmt nicht?



ökologisch
S. 18 – 21

Lasst uns Parkhäuser bauen!

Inhalt

S. 6
Parolen zu den anstehenden Volksabstimmungen

S. 8
(Umverteilungs-) Gedanken zur OECD-Mindeststeuer

Die Einführung einer Mindeststeuer für internationale Grosskonzerne (mit einem jährlichen Mindestumsatz von 750 Millionen Euro) könnte eine historische Reform im Kampf gegen die grössten Probleme unserer Zeit sein.

S. 12
Für eine AHV die das Existenzminimum deckt

Ende Juni 2022 stimmten 64 Prozent der Stimmberechtigten einer Streichung der Franchisen für Rentner:innen zu.

S. 16
Stimm- und Wahlrecht für Auslands-liechtensteiner:innen

Das allgemeine Stimm- und Wahlrecht für Auslandsliechtensteiner:innen beschäftigt die Freie Liste schon seit Langem. Der letzte Vorstoss datiert vom April 2013.

S. 17
Die teure Ideologie der Bremser

In kurzer Zeit stimmen wir in Liechtenstein über das Referendum zum Baugesetz und zur Photovoltaik Pflicht ab. Die beiden Vorlagen sind das Herzstück der liechtensteinischen Klimapolitik und sollten unbedingt umgesetzt werden.

S. 22
Meinungen

Wirkungsvolle Klimaschutzpolitik betreiben, jetzt!
Der Oktober 2023 war einer der heissesten Oktober seit Beginn der Aufzeichnungen, teilweise mit Temperaturen über 30 Grad. Gerade aufgrund solcher Rekordtemperaturen und den sich häufenden Naturereignissen dürfen wir die Klimakrise nicht vergessen.

Was, wenn wir einfach die Welt retten?
Frank Schätzing, der Autor von zahlreichen Romanen, wie z.B. «der Schwarm», sollte eigentlich einen weiteren Thriller schreiben, in dem es um die existenzielle Bedrohung der Menschheit oder Welt geht. Dabei wurde ihm bewusst, dass wir bereits mitten in einem Öko-Thriller stecken.

Schnee-«Weiss»

Die freien Tage Ende Dezember und Anfang Januar eignen sich besonders gut für gemütliches Beisammensein mit Familie und Freund:innen. Egal ob im Wohnzimmer mit einem heissen Tee, auf der Ski- oder Schlittelpiste. Für letzteres müssen heute oft längere Wege zurückgelegt werden als noch vor ein paar Jahren. Und wer im warmen Zuhause aus dem Fenster blickt, wird immer seltener eine verschneite Winterlandschaft sehen. Tatsächlich sind die Schneetage im Tal in den letzten 50 Jahren um ganze 50 Prozent zurückgegangen. Es bleibt zu hoffen, dass die Lektüre von dieser «Weiss»-Ausgabe auch von weissen Schneeflocken begleitet wird. Damit das auch in Zukunft noch möglich ist, machen wir uns heute für Klimaschutz stark.

Freie Liste
Bartlegroschstrasse 19
9490 Vaduz
T +423 231 17 31
info@freieliste.li
www.freieliste.li

Impressum
Magazin der Freien Liste, © 2023
Verantwortlich für den Inhalt Freie Liste
Gestaltung Tandem Est., tandem-studio.cc, Vaduz
Druck BVD Druck+Verlag AG, Schaan
Bildnachweise Portraits: Martin Walser, Vaduz; shutterstock.com; Justin Chrn, unsplash.com; Kabiur Rahman, unsplash.com; Claudio Schwarz, unsplash.com; LIEmobil; Glenn Carrie, unsplash.com; istock.com
Auflage 21'742 Exemplare

Parolen zu den anstehenden Volksabstimmungen

Am **21. Januar 2024** finden die Volksabstimmungen zu den Energievorlagen und der eGD-Gesetzesinitiative statt. Mit der Verfassungsinitiative zur Volkswahl der Regierung ist ein weiterer Abstimmungssonntag absehbar. An der Freie-Liste-Versammlung haben die Mitglieder die anstehenden Entscheidungen diskutiert. Im Sinne einer sozialen, demokratischen und ökologischen Gesellschaft hat die Basis nachfolgende Parolen gefasst.

Zweimal Ja für Klimaschutz und Versorgungssicherheit

Klimaschutz und eine sichere Energieversorgung sind die drängendsten Aufgaben der Gegenwart. Die Abstimmungen im Januar sind richtungsweisend dafür, wie wir diesen Herausforderungen entgegentreten. Es ist längst bekannt, dass das Verbrennen von fossilen Energien hauptverantwortlich für die globale Erderwärmung ist. Trotzdem werden politische Massnahmen zum Ausstieg aus Öl, Gas und Kohle seit Jahrzehnten bekämpft und verhindert. Mit Unwahrheiten, Lobbying und teuren Kampagnen wird die Abhängigkeit von fossilen Brennstoffen aus dem Ausland aufrechterhalten. Davon profitieren ein paar wenige, während viele andere immer stärker unter den steigenden Lebensunterhaltskosten und den Folgen der Klimakrise leiden. Diese Probleme können wir nur entschärfen, wenn wir so schnell wie möglich auf erneuerbare Energien setzen. Die geplanten Änderungen im Baugesetz sind essenziell dafür. Denn ohne Wärmewende wird es keine Energiewende geben: Über 70 Prozent aller Heizungen in Liechtenstein werden mit fossilen Brennstoffen befeuert. Das verursacht rund einen Drittel der jährlichen CO_2-Emissionen im Land und verunmöglicht das Erreichen der gesetzlich verankerten Klimaneutralität bis 2050. Aber nicht nur deswegen müssen wir uns endlich von den Öl- und Gasheizungen verabschieden. Sondern auch, weil grosse Teile der Bevölkerung (allen voran Mieter:innen) von unzuverlässigen, ausländischen Lieferanten und deren Konditionen abhängig sind. Die von der Freien Liste initiierte Photovoltaik-Pflicht und die Umsetzung der Gebäuderichtlinien / MuKEN sind notwenige Massnahmen für Klimaschutz und Versorgungssicherheit. Deshalb sagen wir am 21. Januar 2024 zweimal Ja zu den Energievorlagen.

Nein zu Effizienz- und Transparenzrückschritten im Gesundheitswesen

Die Freie Liste sieht den Vorteil einer flächendeckende Nutzung des eGD darin, dass dadurch die Prozesse im Gesundheitswesen effizienter gestaltet und damit Kosten eingespart werden können. Es erhöht die Transparenz für Patient:innen und eliminiert die Gefahr, dass im entscheidenden Moment die entsprechenden Fachpersonen nicht erreichbar sind, um einen Krankheitsverlauf in einer physischen Ablage nachzuschlagen. Essenziell ist, dass neben dem Nutzen auch die Hoheit über die Daten vollumfänglich bei den Versicherten liegt. Wer kein eGD möchte, hat jederzeit ein Recht auf Widerspruch. Im Gesetz verankert ist ausserdem, dass durch den Widerspruch keine Nachteile entstehen dürfen. Einsicht in das Gesundheitsdossier kann ausschliesslich von Gesundheitsdienstleistenden und nur mit expliziter Zustimmung durch den:die Nutzer:in erfolgen. Einziger Ausnahmefall ist der oben erwähnte Notfallzugriff. Jeder Zugriff wird protokolliert und kann von den Patient:innen nachverfolgt werden. Damit erfüllt das EGDG die wichtigen Datenschutzbestimmungen. Im Vergleich zum gängigen E-Mail-Austausch von Gesundheitsdaten erhöht sich die Sicherheit sogar. Wir vertreten die Ansicht, dass die genannten Vorteile des eGD (für jede:n Einzelne:n und für die Gesamtgesellschaft) nicht von einem verwaltungsintensiven Prozess der Eröffnung abhängen sollen. Erfahrungen im Ausland zeigen, dass der angestrebte Effizienz- und Transparenzausbau im Gesundheitswesen an der Opt-In-Lösung gescheitert ist. Deshalb sagen wir Nein zur eGD-Gesetzesinitiative.

Nein zur Schwächung des Parlaments und der Opposition (25. Februar 2024)

Die Stärkung der Demokratie ist ein Kernthema der Freien Liste. Nach wie vor bestehen in Liechtenstein grosse Demokratiedefizite, die dringend behoben werden müssen – etwa mit dem Wahlrecht für Ausländer:innen, Stimmrecht für Auslandsliechtensteiner:innen und dem Wahlalter 16. Die demokratisch-parlamentarische Grundlage des politischen Systems sehen wir als Stärke der liechtensteinischen Politik. Mit dem DpL-Vorschlag zur Volkswahl der Regierung werden das Parlament und allen voran (kleinere) Oppositionsparteien massiv geschwächt, während die Machtstellung der Regierung ausgebaut wird. Gemäss Verfassungsinitiative würden die Regierungsmitglieder neu vom Volk gewählt, durch den Landtag bestätigt und anschliessend vom Landesfürsten ernannt werden. Wenn das Parlament die vom Volk vorgeschlagenen Regierungsmitglieder hingegen ablehnt, wird sowohl der Landtag als auch die Regierung neu gewählt. Insbesondere Oppositionspolitiker:innen stünden damit vor folgender Entscheidung: Entweder sie bestätigen und legitimieren eine Regierung, die sie als Stimmbürger:innen nicht gewählt haben. Oder sie lehnen die Volkswahl ab und riskieren Neuwahlen, die ihr eigenes Absetzen zur Folge hätten. Einen umfangreichen zweiten Wahlkampf können sich kleine Parteien wie die Freie Liste schlichtweg nicht leisten und die Chancen auf eine Wiederwahl werden dadurch geschmälert. Es darf nicht sein, dass aus strategischen Gründen eine Regierung bestätigt wird, die aufgrund der Inhalte eigentlich abzulehnen wäre. Die Demokratie und die Attraktivität des Landtagsmandats würden dadurch empfindlich geschwächt. Die Basis sagt einhellig Nein zur Verfassungsinitiative und empfiehlt, den Fokus stattdessen auf eine echte Stärkung der Demokratie zu verlegen.

(Umverteilungs-) Gedanken zur OECD-Mindeststeuer

Tatjana As'Ad
Co-Geschäftsstellenleiterin

Die Einführung einer Mindeststeuer für internationale Grosskonzerne (mit einem jährlichen Mindestumsatz von 750 Millionen Euro) könnte eine historische Reform im Kampf gegen die grössten Probleme unserer Zeit sein: gegen Armut, Ungleichheit, drohende Finanzkrisen und die Klimakrise. Schliesslich werden über Steuern Infrastrukturprojekte finanziert und in Bildung, Gesundheitswesen sowie Klimaschutzmassnahmen investiert.

Besonders Länder im globalen Süden sind für die öffentlichen Leistungen auf faire Unternehmenssteuern angewiesen. In Staaten, deren Wirtschaftstätigkeit sich stark auf die (Ab-)Nutzung der Rohstoffe konzentriert, liegen diese nicht selten bei 25 bis 35 Prozent. Exorbitant tiefe Unternehmenssteuern können sich hingegen nur strukturstarke Zwergstaaten wie Liechtenstein und die Schweiz leisten, wo Staatseinnahmen massgeblich aus Einkommens- und Konsumsteuern generiert werden. Der Wohlstand, der solche Steueroasen überhaupt erst ermöglicht, basiert zu einem bedeutenden Teil darauf, dass natürliche und finanzielle Ressourcen von anderen Ländern abgesaugt werden. Ein System, das Tiefsteuerländer und multinationale Konzerne ständig reproduzieren und verstärken. Es ist gängige Praxis, dass Konzerne ihre Gewinne, die sie mit der Produktion im globalen Süden erzielen, in reichere Länder mit tieferen Steuersätzen verschieben. Sie belasten also die Natur und Infrastruktur am Produktionsort, entziehen sich aber der Steuer, die für den Erhalt, Schutz und Aufbau von dieser dringend benötigt wird. Zur Profitmaximierung werden Konzerngewinne nicht dort versteuert, wo sie erarbeitet werden, sondern dort wo die geringsten Abgaben drohen. Daraus resultiert ein Teufelskreis, der die Ungleichheit weiter vorantreibt: Konzerne befüllen Finanzhaushalte von wohlhabenden Ländern mit Abgaben von Gewinnen, deren Erwirtschaftung vor Ort kaum bis keine Kosten verursacht hat und tragen so dazu bei, dass die Steuersätze niedrig gehalten werden können. Währenddessen steigen die Staatsausgaben am Produktionsort durch die Nutzung von Infrastruktur und Ressourcen; die tatsächlich belastete Staatskasse wird mit der Gewinnverschiebung aber zusätzlich geschmälert, was wiederum die Notwendigkeit von hohen Steuersätzen verschärft.

15 Prozent OECD-Mindeststeuer liegt weit unter dem globalen Durchschnitt.

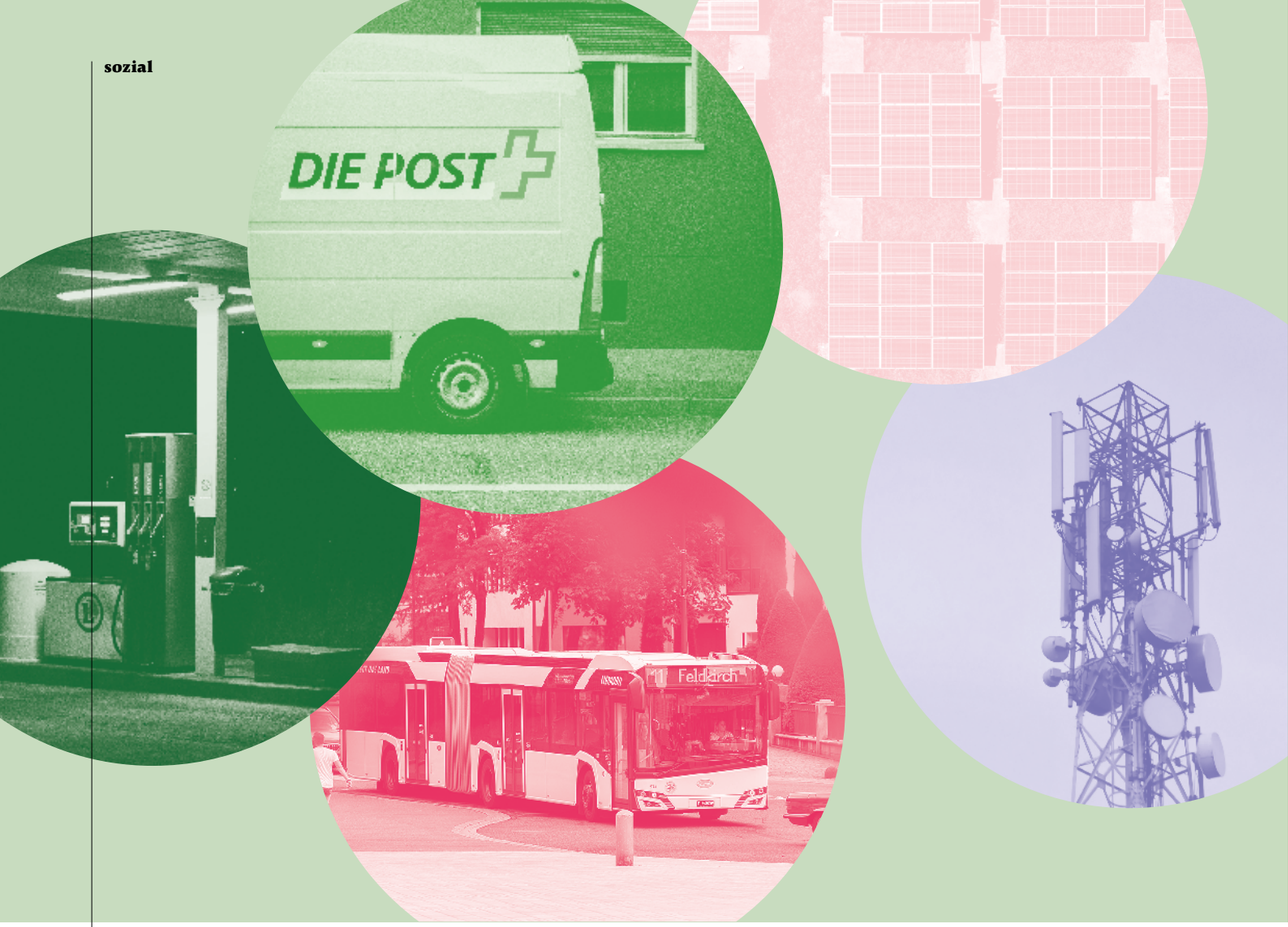
Die OECD-Mindeststeuer von 15 Prozent liegt weit unter dem globalen Durchschnitt und ist damit zu tief, um diesem Vorgang entgegenzuwirken. Ein Anheben auf den Minimalsatz hat für sich allein also wenig mit Solidarität und gerechter Umverteilung zu tun. Vielmehr ist es lediglich eine Massnahme, die den Steuerwettbewerb zwischen den ohnehin reichsten Ländern ein klein wenig reguliert. Das überrascht nicht, wenn man bedenkt, wie die OECD aufgestellt ist: Die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung ist ein Bündnis aus 38 Staaten. Ziel der Organisation ist es, mit politischen Rahmenbedingungen eine optimale Wirtschaftsentwicklung, hohe Beschäftigung und einen steigenden Lebensstandard in den Mitgliedstaaten zu fördern. Im politischen Diskurs werden jene Länder dem Globalen Süden zugeordnet, die von dem OECD-Entwicklungsausschuss (DAC) öffentliche Gelder für die Entwicklungszusammenarbeit (ODA) erhalten. Sie sind in aller Regel also keine OECD-Mitgliedsstaaten. Ihre vielfältigen Bedürfnisse sind im Entscheidungsprozess entsprechend untervertreten und darüber hinaus zweitrangig.

Ein Anheben auf den Minimalsatz hat für sich allein wenig mit Solidarität und gerechter Umverteilung zu tun.

Es ist durchaus richtig, dass internationale Grosskonzerne künftig stärker zur Verantwortung gezogen werden sollen. Ob die OECD-Vorlage aber wirklich zu globaler Gerechtigkeit beiträgt, hängt ausschlaggebend von den nationalen Umsetzungen ab. Dabei sind folgende Überlegungen zentral: Der globalen Einigung der Mindeststeuer unterliegen in erster Linie die multinationalen Unternehmensgruppen, nicht die Staaten. Liechtenstein müsste den eigenen Steuersatz also nicht zwingend anheben. Die Differenz zur OECD-Vorgabe dürfte dann dort erhoben werden, wo wirtschaftliche Tätigkeit und Wertschöpfung massgeblich stattfinden. Wer also tatsächlich an einem fairen, internationalen Steuersystem interessiert ist, könnte auf die Einführung dieser Mindeststeuer verzichten und den Ländern im Globalen Süden die Möglichkeit lassen, diese Reform zu ihren Gunsten umzusetzen. Realistischer ist aber, dass auch Liechtenstein die entsprechenden Unternehmen künftig mit dem OECD-Minimum von 15 Prozent besteuern wird. Und nochmal: Im Kern ist die Mindeststeuer für Grosskonzerne eine erfreuliche Entwicklung. Zur wirkungsvollen Massnahme gegen Ungleichheit wird sie aber nur, wenn die Mehreinnahmen auch aktiv in diesem Sinne eingesetzt werden. Dafür müsste Liechtenstein mit der Steuer etwa den Beitrag für internationale Entwicklungszusammenarbeit erhöhen, welcher heute übrigens unter dem internationalen Ziel von 0,7 Prozent des Bruttonationaleinkommens liegt, und die Klimakrise bekämpfen, von der die (noch) rohstoffreichen Länder im globalen Süden bekanntlich früher und stärker betroffen sind.

Tatjana As'Ad
Co-Geschäftsstellenleiterin

Tatjana ist seit August 2021 auf der Geschäftsstelle der Freien Liste tätig. Dort ist sie zuständig für die politische Arbeit und Kommunikation.



«Service Public» – ein Auslaufmodell?

Georg Kaufmann
Landtagsabgeordneter

Seit die Stiftung Zukunft.li im Juni 2021 ihre Studie mit dem Titel «Service public. Weniger Staat – mehr privat» veröffentlicht hat, ist das Thema auch in der Politik angekommen, sei es als Interpellation oder als Thema in der Aktuellen Stunde im diesjährigen Mai Landtag. Im Regierungsprogramm 2021 – 2025 ist das Thema ebenfalls kurz erwähnt: «Bezüglich öffentlich-rechtlicher Unternehmen wird der Service public sichergestellt, möglichst ohne das private Unternehmertum zu konkurrenzieren.»

Was aber ist Service public? Die Antwort ist nicht ganz einfach. Auf Deutsch übersetzt vielleicht «öffentlicher Dienst». Auf der Homepage der Schweizer Eidgenossenschaft lese ich: «Ein guter Service public ist das Markenzeichen der Schweiz». Der Schweizer Bundesrat hat Service public sehr treffend definiert: «Service public umfasst die Grundversorgung mit Infrastrukturgütern und -dienstleistungen, welche für alle Bevölkerungsschichten und Regionen des Landes zu gleichen Bedingungen in guter Qualität und zu angemessenen Preisen zur Verfügung stehen soll.» Schlüsselwörter sind also «Grundversorgung, gleiche Bedingungen für alle Einwohner:innen, gute Qualität, angemessener Preis». Und es geht insbesondere um Infrastrukturgüter und -dienstleistungen in den Bereichen Elektrizität, Gas und Wärme, Telekommunikation, Verkehr und Post. Auf diese Bereiche fokussiert denn auch die Studie der Stiftung. Sie gibt einen vertieften und interessanten Einblick in die Landschaft des Service public in Liechtenstein, die Lektüre lohnt sich. Die Empfehlungen, welche die Stiftung schliesslich für die einzelnen öffentlichen Unternehmen abgibt, sind allerdings aus einer sehr wirtschaftsfreundlichen Warte aus betrachtet, weshalb sie mit Vorsicht zu geniessen sind. In Vielem bin ich anderer Ansicht. Die folgenden Titel entnehme ich der Studie auf den Seiten 105 – 107.

Postsektor
Digitalisierung, veränderte Kundenbedürfnisse und neue gesetzliche Rahmenbedingungen erfordern ein Umdenken

Die Post steht vor grossen Herausforderungen, das ist unbestritten. Die Liberalisierung im Postbereich zeigt ihre Wirkung, ein privater Mitbewerber bietet in Konkurrenz zur Post seine Dienste im Bereich Briefe-Massenversand an. Sich deswegen dem Wettbewerb zu entziehen, erachte ich als vollkommen übereilt. Ich bin überzeugt, dass sich die Post diesem Wettbewerb stellen wird, hat sie sich doch in anderen Bereichen als sehr innovativ und äusserst effizient gezeigt. So hat sie vor zwei Jahren innerhalb einer Woche ein zweites Betriebslager in Bendern auf die Beine gestellt. Die Kundenzufriedenheit mit der Post liegt bei über 80 %, was einen Traumwert darstellt. Die Post ist als Service public Unternehmen in stetiger Veränderung, das geforderte Umdenken hat bei den Post-Verantwortlichen längst eingesetzt. Sie stellen sich den Herausforderungen mit Erfolg.

Telekommunikationssektor
Erfolgreiche Liberalisierung – der Staat kann sich zurückziehen

Ich gehe mit der Stiftung einig: Dieser Sektor ist seit Jahren liberalisiert. Dass das Netz in staatliche Hand verbleiben muss, ist unbestritten. Die Forderung, die Telecom als Dienstleisterin zu privatisieren, erachte ich als zumindest als vorschnell, denn auch Dienstleistungen sind gemäss Definition Teil des Service public. Zudem sind Dienstleitungen im Bereich Telekommunikation bei einem Kleinstaat mit 40'000 Einwohnern auf privater Schiene schwierig zu erbringen, da kaum Gewinne zu erzielen sind. Es müssten also weiterhin staatliche Gelder fliessen mit entsprechenden Vereinbarungen. Wo läge der Unterschied zwischen der jetzigen Situation und einer privatisierten Telecom? Der Staat würde weiterzahlen, hätte aber weniger Einfluss.

Gassektor
LGV am Scheideweg – Politik muss die Richtung vorgeben

Was Zukunft.li im Jahre 2021 definiert hat, ist bereits eingetroffen. Die Liechtensteiner Gasversorgung (LGV) hat sich verwandelt, heisst heute Wärme Liechtenstein. Das «Weg vom Gas – Hin zu Wärme» ist in vollem Gange und wird von der Bevölkerung und der Wirtschaft mitgetragen. Für mich ein klarer Beweis, über welche Innovationskraft unsere Liechtensteiner Service public Unternehmen verfügen und wie sie sich den veränderten Situationen anpassen können.

Elektrizitätssektor
Mit technologischen Innovationen zu besserer Versorgungssicherheit.

Ich unterstütze die Empfehlung der Stiftung, die Schaffung einer Stromhandelsplattform voranzutreiben, um den Markt zu beleben. Ich unterstütze auch die Anpassung der Eignerstrategie aufgrund technischer und umweltpolitscher Entwicklungen sowie die Förderung innovativer technologischer Lösungen wie Smart Grid. Aber soll sich die LKW aus allen anderen Zusatzdiensten wie Elektrofachhandel, Elektroinstallationen, Planung und Installation von PV-Anlagen zurückziehen? Meiner Ansicht nach würden wir damit sehr viel verlieren. Die LKW als 100jähriges Unternehmen hat Liechtenstein im Bereich Elektrizität massgeblich geprägt und mitgestaltet. Und dazu gehören nun mal auch die letztgenannten Bereiche. Die LKW sind über die Jahrzehnte harmonisch gewachsen. LKW ohne Elektrofachhandel kann ich mir nur schwer vorstellen, ich sehe da auch keine wirkliche Konkurrenzierung. Bei einer Auflösung würden wahrscheinlich der Online-Handel oder Geschäfte im Ausland profitieren.

Verkehrssektor
Effizient aufgestellt, aber die Verkehrszunahme wird zur Belastung

Die LIEmobil ist ein schlank aufgestelltes öffentliches Unternehmen und vergibt den eigentlichen Transportdienstleistungsauftrag an private Unternehmen. Gemäss Zukunft.li eine effiziente und den Wettbewerb fördernde Organisationsform. Allerdings auch nicht ganz konfliktfrei, wie man immer wieder feststellt. Es ist richtig, den öffentlichen Verkehr für alle Nutzerinnen und Nutzer zu sehr guten Konditionen anzubieten, also zu attraktiven Kosten und einem engmaschigen Taktsystem. Für die kurzen Wege bietet LIEmobil mit LIEbike neu auch ein E-Bike Verleihsystem an. Hier über die reine Grundversorgung hinauszugehen, macht angesichts der stetigen Verkehrszunahme Sinn. Damit der Umstieg aber auch gelingt, müssen die Radwege sicher gestaltet sein, muss der öV besser rollen und die Fahrzeiten pünktlich eingehalten werden. Hier sieht die Stiftung Handlungsbedarf und schlägt als mögliche Lösung die Einführung eines Road-Pricing-Systems vor. Für mich ist dies reine Theorie: Ein Road-Pricing allein für Liechtenstein ohne Einbezug zumindest der umliegenden Region sehe ich nicht, zumal die Kosten sehr hoch wären. Viel praktikabler und schneller umsetzbar wäre die Kombination unseres attraktiven öV Angebots und eines konsequenten Mobilitätsmanagements mit Parkplatzbewirtschaftung bei den Unternehmen. Eine Win-Win-Situation für alle.

Auch wenn unsere öffentlichen Unternehmen im Service public Bereich immer wieder zu reden geben, so sind es innovative und in die Zukunft ausgerichtete Unternehmen, nah am Puls der Zeit und in stetiger Entwicklung. Vielleicht sind es ja gerade auch diese öffentlichen Debatten über Erfolg und Misserfolg, welche die Verantwortlichen und Mitarbeitenden motivieren, ihr Bestes zum Wohle eines guten Service public zu geben. Ich jedenfalls bin ihnen für ihren Service dankbar. Für mich ist Service public alles andere als ein Auslaufmodell.

Georg Kaufmann
Landtagsabgeordneter

Georg ist seit 2017 Landtagsabgeordneter der Freien Liste. Zuvor war er als Gemeinderat in Schaan tätig.

Altersvorsorge in Liechtenstein

1. Säule	2. Säule	3. Säule
AHV Alle Menschen, die in Liechtenstein wohnen oder arbeiten, zahlen zwischen 18 und 65 Beiträge in die staatliche Alters- und Hinterlassenenversicherung (AHV). Nach der Pensionierung erhalten die Versicherten eine Altersrente. Wie hoch diese ist, hängt vom eigenen Lohn und der Beitragsdauer ab. Ein tiefes Einkommen bedeutet später auch eine tiefe Rente. Anspruch auf die volle Rente hat nur, wer jährlich einbezahlt hat.	**Pensionskasse** Berufstätige mit einem Jahreslohn von mindestens 14'280.– Franken zahlen in die berufliche Vorsorge ein. Arbeitgeber und Arbeitnehmer:innen teilen sich diese Beiträge an die Pensionskasse, die dann am Kapitalmarkt angelegt werden. Das Pensionskassenvermögen soll dank Zinsen wachsen und wird nach der Pensionierung als Rente ausbezahlt.	**Private Vorsorge** Zusätzlich zu den AHV- und Pensionskassenrenten wird bei der Altersvorsorge auf eine dritte Säule verwiesen: Die individuelle Selbstvorsorge. Das System sieht also vor, dass jede:r selbst fürs Alter spart.

Für eine AHV, die das Existenzminimum deckt

Tobias Gassner
Vorstandsmitglied, Vertreter der Jungen Liste

Wird die Rente im Alter reichen? Diese Frage beschäftigt viele Menschen schon vor der Pension. Manche vertrauen darauf, dass das System schon funktionieren wird. Andere machen die Erfahrung, dass dem nicht so ist. Fest steht, dass es Reformen braucht. Gemeinsam für eine Volkspension.

Ende Juni 2022 stimmten 64 Prozent der Stimmberechtigten einer Streichung der Franchisen für Rentner:innen zu. Ein deutliches Zeichen, dass sich die Bevölkerung (berechtigte) Sorgen um Altersarmut macht. Ein Problem, das heute schon real ist und sich aufgrund des demografischen Wandels weiter verschärfen wird. Die Politik der letzten Jahrzehnte hat gezeigt, dass die bürgerlichen Parteien nach wie vor weit von einer konstruktiven Lösung entfernt sind. Währenddessen steigt die Dringlichkeit einer Reform kontinuierlich an.

Die Franchisenstreichung ist ein Tropfen auf den heissen Stein und mit der Rückkehr zum Mischindex haben die Regierungsparteien lediglich ihren eigenen Sozialstaatabbau korrigiert. Dass manche Menschen im Alter jeden Rappen zählen müssen, liegt nicht massgebend am fehlenden Mischindex oder an zu hohen Franchisen. Sondern daran, wie unser Rentensystem an sich ausgestaltet ist.

Nur Personen mit festem Arbeitsvertrag und entsprechendem Einkommen zahlen in die zweite Säule ein. Das System benachteiligt damit die Menschen, die ihre Zeit für Care- und ehrenamtliche Arbeit aufwenden und deshalb nicht oder in Teilzeit angestellt sind. Weil sich vor allem Frauen in unserer Gesellschaft um die Kindererziehung und Altenpflege kümmern, leiden sie besonders oft unter niedrigen Renten und Altersarmut. Die Teilung unseres Rentensystems in AHV und Pensionskassen hat ausserdem dazu geführt, dass die AHV-Rentenbeiträge nicht mehr existenzsichernd sind. Dabei sind bis zu 33 Prozent der Rentner:innen ausschliesslich von der AHV und den persönlichen Ersparnissen abhängig.

CHF 1190
Mindestrente pro Monat

CHF 2380
Höchstrente pro Monat

Es ist schlicht fahrlässig, die finanzielle Sicherheit im Alter der Ideologie des freien Marktes zu überlassen. Wir brauchen dringend eine nachhaltige Rentenreform, die ein würdevolles Leben im Alter garantiert. Dieses Recht gebührt allen Menschen, ganz unabhängig davon, ob sie lückenlos in die Sozialwerke einzahlen konnten oder nicht. Die AHV muss also das Existenzminimum der Rentner:innen abdecken, damit ein armutsbefreites Leben im Alter nicht mehr von Einnahmen oder Ersparnissen abhängt.

Wie könnten die längst überfällige Renteneröhung und echte Entlastung für alle Rentner:innen aussehen? Im Sinne der Solidarität und Verteilungsgerechtigkeit sollten die Pensionskassen zugunsten der AHV aufgelöst und zur Volkspension ausgebaut werden. Die bereits eingezahlten Beiträge könnten im bestehenden System weitergeführt werden, während parallel dazu das neue eingeführt wird. Die Finanzierung wird zusätzlich durch eine stärkere Progression der AHV-Beiträge gesichert. Dass Menschen im Alter ihren Lebensstandard nicht beibehalten können, ist eine Farce. Schaffen wir mit der Volkspension eine solidarische und gerechte Rente für alle.

Tobias Gassner
Vorstandsmitglied

Tobias ist seit Juni 2023 im Vorstand der Freien Liste. Dort fokussiert er sich auf das Ressort Politik.

Er stimmt, sie stimmt – aber wer stimmt nicht?

Tatjana As'Ad
Co-Geschäftsstellenleiterin

«Ich stimme, du stimmst, er stimmt, sie stimmt nicht – es stimmt etwas nicht» titelt ein Flugblatt aus dem Jahr 1971. Es ist eine von zahlreichen Wurfsendungen und Aktionen, die zur Einführung des Frauenstimmrechts beigetragen haben. Heute stimmt er und sie stimmt auch – und trotzdem stimmen viele nicht. Etwas stimmt also immer noch nicht.

Es sind 40 Jahre vergangen, seit die Frauen der «Aktion Dornröschen» einen bedeutenden Meilenstein für die liechtensteinische Demokratie gesetzt haben. Ihre Reise zum Europarat nach Strassburg war entscheidend dafür, dass Liechtenstein das Frauenstimmrecht 1984 im dritten Anlauf und als letztes Land in Europa einführte. Bis zu diesem Zeitpunkt war die Hälfte der Bevölkerung kategorisch von der politischen Mitbestimmung ausgeschlossen. Das ist heute kaum denkbar, oder? Es wäre wohl ähnlich unvorstellbar, wenn die politischen Rechte nur den Bewohner:innen von Vaduz bis Balzers zustehen würden. Schliesslich sind die Menschen von Schaan bis Ruggell ja genauso von politischen Entscheidungen betroffen und zahlen ebenso Steuern in diesem Land, nicht wahr? Tatsächlich passiert das gewissermassen an jedem Abstimmungs- und Wahlsonntag.

Mehr als ein Drittel der Bevölkerung darf nicht abstimmen und wählen

In Liechtenstein leben knapp 40'000 Menschen, fast 33'000 davon sind mindestens 18 Jahre alt. Mehr als ein Drittel der volljährigen Wohnbevölkerung, also der faktischen Inländer:innen, sind rechtlich gesehen Ausländer:innen. Das sind gut 12'000 Menschen, die von der politischen Partizipation ausgeschlossen sind – was eben in etwa der Anzahl von Wahlberechtigten im ganzen Unterland und Schaan zusammen entspricht.

Während der demokratiepolitische Skandal unbestritten gross wäre, wenn letztere um ihr Stimmrecht beraubt würden, wird die fehlende Mitbestimmung und Repräsentation von Bewohner:innen mit Migrationsbezug gekonnt ignoriert. Sie arbeiten, essen, schlafen, feiern und lieben hier. Viele sind hier geboren und alle machen Liechtenstein zu dem, was es ist. Trotzdem können 36,5 Prozent der Gesellschaft nicht mitentscheiden, weil ihr Pass die falsche Farbe hat.

Eine Demokratie ist dann stark, wenn sie Betroffene zu Beteiligten macht

Der Einbezug der Bevölkerung in Entscheidungsprozesse ist für die Demokratie ein unverkennbarer Gewinn. Für die Politikwissenschaft ist die politische Partizipation von möglichst allen Erwachsenen in einem Staat ein wichtiges Indiz, wenn es darum geht, die Qualität einer Demokratie zu bemessen. Um die Legitimität von demokratischen Systemen und deren Strukturen zu gewährleisten, sollten möglichst breite Bevölkerungskreise nachhaltig in politische Prozesse einbezogen werden. Andere Länder und Staatenbunde haben das bereits erkannt: In der Europäischen Union dürfen immerhin alle EU-Bürger:innen an den Kommunalwahlen ihres Hauptwohnsitzes teilnehmen, unabhängig davon, in welchem Mitgliedstaat man sich befindet. An einigen Orten in Europa wird zudem gerechterweise auf die Diskrepanz zwischen EU- und nicht EU-Staatsbürgerschaft verzichtet und allen Ausländer:innen ein kommunales Stimm- und Wahlrecht gewährt. Auch in vereinzelten Gemeinden und Kantonen der Schweiz ist das gelebte Praxis.

> 36,5 Prozent der Gesellschaft darf nicht mitentscheiden, weil ihr Pass die falsche Farbe hat.

Der Ausländer:innenanteil an der Wohnbevölkerung in Liechtenstein ist auf Grund von restriktiver Einbürgerungspolitik und fehlender Doppelstaatsbürgerschaft besonders hoch. Weil dieses wichtige Bevölkerungssegment keine politischen Rechte hat, ist auch das Demokratiedefizit entsprechend gross. Bekanntlich ist die doppelte Staatsbürgerschaft erst 2021 an der Urne gescheitert und eine kürzere Wartefrist für Einbürgerungen scheint, trotz Kritik von Menschenrechtsorganisationen, ebenso chancenlos. Vor dieser Ausgangslage ist das Wahl- und Stimmrecht für Ausländer:innen in Liechtenstein unverzichtbar. Nicht nur, weil es fair ist, dass alle Menschen bei der Gestaltung der Gesellschaft, die sie mitprägen, auch mitreden dürfen. Sondern auch, weil anderenfalls die Legitimität der Demokratie auf dem Spiel steht und ihre Qualität leidet.

Zwischen halb und ganz fehlt ein Stück

Die «Aktion Dornröschen» hat vorgelebt, dass eine Bürger:innenrechtsbewegung die müde Politik wachrütteln kann – auch wenn sie zuvor noch ein-, zweimal auf «Schlummern» drückt. Die Geschichte von Dornröschen endet aber nicht mit dem Erwachen, sondern mit einer neuen Realität und fortlaufenden Herausforderungen. Analog dazu muss auch der Kampf um Gleichberechtigung und demokratische Partizipation in verschiedenen Formen fortgesetzt werden. Liechtenstein ist seit 1984 zwar keine «halbe Demokratie» mehr, eine «vollständige» ist es deswegen aber leider noch lange nicht. Einerseits werden grossen Teilen der Bevölkerung die politischen Rechte weiterhin verwehrt. Andererseits ist auch 40 Jahre nach der Einführung des Frauenstimmrechts klar ersichtlich, dass das alleinige Recht auf politische Teilhabe nicht automatisch Gleichstellung bedeutet oder vor Diskriminierung schützt. Mit 7 von 25 Sitzen im Landtag sind Frauen auch heute noch unterrepräsentiert, keine:r der Landtagsabgeordneten hat einen sichtbaren Migrationsbezug und in puncto Barrierefreiheit von Wahl- und Abstimmungsprozessen besteht viel Luft nach oben. Die Liste könnte noch lange weitergeführt werden. Ein Wahl- und Abstimmungsrecht für Ausländer:innen löst diese Probleme nicht von selbst, aber es erweitert den Kreis an Personen, die die vielfältigen Bedürfnisse der Bevölkerung kennen und in der Politik vertreten. Deshalb ist es an der Zeit, dass die Wecker erneut klingeln: Für Gleichstellung und die Stärkung der Demokratie.

Tatjana As'Ad
Co-Geschäftsstellenleiterin

Tatjana ist seit August 2021 auf der Geschäftsstelle der Freien Liste tätig. Dort ist sie zuständig für die politische Arbeit und Kommunikation.

Stimm- und Wahlrecht für Auslands-liechtensteiner:innen

Stefan Becker
Vorstandsmitglied

Das allgemeine Stimm- und Wahlrecht für Auslandsliechtensteiner:innen beschäftigt die Freie Liste schon seit Langem. Der letzte Vorstoss datiert vom April 2013. Es ist an der Zeit, sich der Problematik wieder anzunehmen – auch, um eine der letzten Ungleichheiten zwischen den Landesangehörigen zu beseitigen. Das Thema ruft eine kleine Asymmetrie in Erinnerung: Nach geltendem Recht haben die im Inland wohnhaften liechtensteinischen Staatsbürger:innen an Wahlen und Abstimmungen zwingend teilzunehmen. Artikel 3 des Volksrechtegesetzes bestimmt, dass das allgemeine Stimm- und Wahlrecht, die Grundlage unserer Demokratie, durch jeden und jede verpflichtend ausgeübt werden muss. Und doch gehen nie mehr als rund 80 % an die Urne.

Die gleichen, immer wieder pflichtvergessenen inländischen Stimm- und Wahlberechtigten sind es, deren Vertretung (der Landtag) die Ausübung politischer Rechte durch die im Ausland lebenden Landsleute mehrheitlich verwirft, zuletzt anno 2015. Die Auslandsliechtensteiner:innen sollen an demokratischen Entscheidungen nicht partizipieren – weil sie nicht innerhalb der Landesgrenzen wohnen, sondern jenseits derselben: In Buchs, Konstanz oder Feldkirch. Wozu es leicht kommen kann: Liechtenstein ist das sechstkleinste Land der Welt.

Gleichbehandlung und Ungleichbehandlung

Ein Blick in die Geschichte macht manch andere innerliechtensteinische Ungerechtigkeit offenbar, die sich die Bürger und Bürgerinnen dieses Landes erlaubt haben. Die Liste beginnt mit dem erst 265 Jahre nach der Staatswerdung errungenen Frauenstimmrecht. Im Jahre 1963 wurdein einem Staatsvertrag zwischen den Ur-Liechtensteiner:innen und den Eingebürgerten unterschieden: Erstere durften sich in der Schweiz ohne weiteres niederlassen, Zweitere erst zehn Jahre später. Und dass liechtensteinische Frauen ihre Staatsbürgerschaft durch die Verheiratung mit einem fremdländischen Mann jahrzehntelang verloren, ist allgemein bekannt. Alles alte Zöpfe, die zum Glück abgeschnitten sind.

Innerer Zusammenhalt

Solange sie den sechzigsten Geburtstag noch nicht gefeiert haben und eine Waffe immer noch tragen können, sind auch die Auslandsliechtensteiner:innen zur Verteidigung der Heimat im Falle der Not verpflichtet (Art. 44 Abs. 1 der Verfassung, Raton, Le Liechtenstein, 2. Aufl., Genf 1967, 127). Die letzte Strophe unserer Nationalhymne lautet: «Durch Bruderliebe Band vereint und frei».

So viel Zusammenhalt in guten wie in schlechten Zeiten ist so fest wie möglich abzusichern: Liechtensteiner:innen, die Bern, Wien oder Berlin zu ihrem Wohnort gemacht haben und am politischen Geschehen im Inland weiterhin Anteil nehmen, sollte die Tür offen stehen, sich an diesem zu beteiligen. Durch die Stimmabgabe an Wahlen und Abstimmungen, wie es für uns Hiergebliebene eine Bürgerpflicht ist. Damit wäre der Landtag durch die Gesamtheit aller Personen legitimiert, die den blauen Pass mit der Europakarte auf der Innenseite tragen. Und wir alle hätten – um den Tatbestand beim Namen zu nennen – eine der letzten Ungleichbehandlungen überwunden, die es in unserer Rechtsordnung noch gibt. einer Ungleichbehandlung, die sich in einer globalisierten Welt je länger umso weniger rechtfertigen lässt.

Stefan Becker
Vorstandsmitglied

Stefan ist seit August 2021 im Vorstand der Freien Liste. Dort übernimmt er die Verantwortung für das Ressort Finanzen.

Die teure Ideologie der Bremser

Valentin Ritter
Vorstandsmitglied

In kurzer Zeit stimmen wir in Liechtenstein über das Referendum zum Baugesetz und zur Photovoltaik Pflicht ab. Die beiden Vorlagen sind das Herzstück der liechtensteinischen Klimapolitik und sollten unbedingt umgesetzt werden. Unser Land ist und hat sich zum Klimaschutz und zur Energiewende verpflichtet und zieht nur Vorteile aus den beiden Vorlagen. Die Gegenkampagne ist allerding schon sehr lange aktiv und spart nicht an inhaltslosen Argumenten sowie falschen Informationen.

Falsche Freiheit durch das Verbot des Verbots

Oft wird behauptet, wir kommen auch ohne Verbote zurecht. Man müsse uns nicht sagen, mit welchem Heizkessel wir zu heizen haben. Dem Grossteil der Bevölkerung ist auch bewusst, dass wir unsere Versorgung auf selbst produzierte, erneuerbare Energien umstellen müssen. Weil wir aber alle davon profitieren, wenn dieser Umstieg so schnell wie möglich geschieht, ist es sinnvoll, Massnahmen einzuführen, die genau diesen schnellen Umstieg gewährleisten. In den letzten Jahren haben wir gesehen, dass das bisherige Vorgehen mit Subventionen und schönen Worten nicht viel bringt. Der Eigenversorgungsgrad steigt zu wenig – die CO_2-Emissionen sinken kaum.

Die Folgen des Klimawandels und die Abhängigkeit von anderen Staaten, was unsere Grundversorgung angeht, schränken unsere Freiheit viel mehr ein, als es der Klimaschutz könnte. Das merkt man spätestens dann, wenn sich die Gasrechnung verdreifacht oder im Sommer das Wasser knapp wird. Es ist den grossen Herausforderungen von Klimakrise und Energiewende schlicht unwürdig, mit ideologischen Begriffen wie «Verbotskultur» um sich zu werfen und sich so vor einer sachlichen Diskussion zu verstecken.

Verantwortung – dort wo sie (nicht) hingehört

Um von der eigenen Verantwortung abzulenken haben Verantwortungstragende überall auf der Welt Kampagnen gestartet. So investierten Banken weiterhin in fossile Brennstoffe, während man Menschen mit sowieso viel zu wenig Ressourcen ins Gewissen redete, sie sollen doch nachhaltiger Einkaufen. Es wird immer noch ein völlig falsches Bild davon gezeichnet, wer die Klimakatastrophe und unsere Abhängigkeit von fossilen Energieträgern aus dem Ausland zu verantworten hat. Ja, alle können einen kleinen Beitrag leisten aber nicht alle sind gleich dazu verpflichtet. Dass die reichsten Prozente der Weltbevölkerung mit Abstand am meisten zur Erderwärmung und all ihren negativen Folgen beitragen, ist längst erwiesen. Von diesen Verantwortlichen gibt es viele in unserem Land. Natürlich sind Mieter:innen wütend auf grüne Politik, wenn sie Mieterhöhungen wegen einer neuen Heizung fürchten, sie von den tieferen Energiepreisen aber nicht profitieren. Die Blindheit vor genau solchen sozialen Konflikten ist es, was die Klimapolitik im Moment so unpopulär macht.

Wachstum, Wirtschaft, Wohlstand

Die dritte Ebene auf der die Diskussion geführt wird ist eine ökonomische. Der Bevölkerung würde es wegen Klimaschutz schlechter gehen, als ohne – so oft die Behauptung. Jedoch sind es doch die hohen Energiekosten und die Folgen des Klimawandels, die uns so belasten. Man stelle sich nur vor wo wir wären, wenn wir schon viel früher (wie übrigens vom Klimastreik seit 2019 gefordert) mit dem schnellen Umstieg auf Erneuerbare Energien begonnen hätten. Jetzt braucht es Investitionen vor allem von denen, die in den letzten Jahrzehnten auf Kosten unserer Lebensgrundlage gewirtschaftet und in grossem Umfang profitiert haben.

Valentin Ritter
Vorstandsmitglied

Valentin ist seit Juni 2023 im Vorstand der Freien Liste. Dort übernimmt er die Verantwortung für das Ressort Kommunikation.

ökologisch

Lasst uns Parkhäuser bauen!

Loris Vogt
Gemeinderat in Schaan

Oberflächenparkhäuser sind zugegebenermassen ein Dorn im Auge und scheinen auf den ersten Blick weit weg vom Sinnbild einer sozialen und ökologischen Politik. Trotzdem sollten sich die Gemeinden aktuell überlegen, solche zu errichten. Denn sie holen versteckte Probleme aus der Versenke und schaffen vorübergehende Lösungen.

Wer in Liechtenstein ein Gebäude baut, muss auch Parkplätze bauen. Für Einfamilienhäuser gilt eine gesetzliche Verpflichtung von mindestens zwei Parkplätzen, davon ein Einstell- und ein Freistellplatz. Auch für Mehrfamilienhäusern verordnet das Baugesetz je einen Garagen- und einen Aussenstellplatz für jede Wohneinheit mit einer Fläche von 100 Quadratmetern und mehr. Ab sechs Parteien sind zusätzliche Abstellplätze für die Autos der Besucher:innen vorzusehen. Industrie-, Gewerbe- und private sowie öffentliche Dienstleistungsbetriebe unterliegen der Parkplatzpflicht ebenfalls. So beispielsweise muss für drei Arbeitsplätze in einer Produktionsstätte ein Parkplatz bereitstehen und pro Klassenzimmer an einer Schule mindestens ein Auto abgestellt werden können.

Liechtenstein ist längst viel urbaner, als es die aktuelle Verkehrs- und Raumplanung vermuten lässt.

Die Regelung basiert auf einer ländlich- und autoorientierten Siedlungsentwicklung und verfolgte wohl das Ziel, dass Motorfahrzeuge nicht wahllos auf den Strassen parkiert werden. Aber ist das heute noch Zeitgemäss? Nein, natürlich nicht. Liechtenstein ist längst viel urbaner als es die aktuelle Verkehrs- und Raumplanung vermuten lässt. Mit der Wirtschaft wächst auch die Anzahl an Arbeitsplätzen und Berufspendler:innen, die ihren Tag und auch mal einen Feierabend hier verbringen. Sie besuchen Gast-, Kultur- oder Freizeitstätten und mit der Nachfrage erhöht sich bekanntlich das Angebot. Zudem leben hierzulande schon seit knapp zehn Jahren mehr Menschen in Mehrfamilienhäusern als in Einfamilienhäusern. Das Bedürfnis nach zentrumsnahem Wohnraum steigt und die Vorteile von verdichtetem Bauen werden immer deutlicher. In diesem Kontext wird die gesetzliche Verordnung von Mindestparkplätzen zunehmend kontraproduktiver: Die alltäglichen Verkehrswege werden dank Verdichtung und Angebotssteigerung kürzer. Der Zugang zum öffentlichen Nahverkehr wird mit der Urbanisierung besser. Ein Leben ohne Auto könnte also sehr komfortabel sein – und trotzdem werden mehr natürliche und finanzielle Ressourcen für den Bau von Parkplätzen verschwendet als je zuvor. Weil das Gesetz mehr Bewohner:innen, Besucher:innen, Arbeiter:innen und Kund:innen automatisch an mehr Parkfläche knüpft, ganz egal ob sich diese tatsächlich mit dem Auto fortbewegen oder nicht. Unter den Wohn- und Bürogebäuden im Ortskern befinden sich dementsprechend immer öfter zwei- oder dreigeschossige Tiefgaragen. Ausser Sichtweite im Untergrund wird damit ein Problem versteckt und die eine oder andere Zukunftsperspektive gleich mitbegraben. Hier eine kurze Übersicht darüber, wie dadurch wichtige Bestrebungen behindert werden:

Bezahlbarer Wohnraum

Unterirdisches Bauen ist der grösste Kostentreiber für Bauherr:innen, Hangdruck und die Abdichtung vor Wasser sind hier massgebend. Der Bau von Tiefgaragen ist speziell teuer, weil er zusätzlich eine hohe Tragfähigkeit und grossspannigen Durchfahrten gleichzeitig erfordert. Ein Parkplatz im zweiten Untergeschoss kostet deshalb zwischen 70'000.– und 80'000.– Schweizer Franken. Diese Kosten werden grösstenteils auf den Wohnungszins umgelegt, das heisst von den Mieter:innen bezahlt.

Verkehrswende

Sind die Tiefgaragen einmal da, können sie kaum umgenutzt werden. Solange ein Gebäude steht, wird also auch der Automobilverkehr dorthin geleitet. Im Zentrum konkurrieren öffentliche Verkehrsmittel weiterhin mit dem motorisierten Individualverkehr, stehen im Stau und verlieren an Attraktivität. Eine angenehme und sichere Infrastruktur für Fussgänger:innen und Fahradfahrer:innen ist, sofern überhaupt vorhanden, allzu oft mit dem Ausweichen auf Umwege verbunden.

Klima- und Umweltschutz

Auf Grund der Gegebenheiten müssen für den unterirdischen Bau Unmengen an Stahl, Beton und Abdichtungen verbaut werden. Also die Materialien, die mit Abstand am meisten graue Energie enthalten und entsprechend viel klimaschädlichen Treibhausgasausstoss verursachen. Der zunehmende Abbau der natürlichen Ressourcen, die für die Herstellung der Baustoffe benötigt werden, belastet die Umwelt zusätzlich. Die Artenvielfalt leidet, Gewässer und Grundwasser können verschmutzt, der Wasserspiegel und die Landschaft verändert werden.

Schutz vor Starkwetterereignissen

Tiefgaragen haben meist eine viel grössere Grundfläche als der sichtbare Bau oben drüber. Wenn Flächen um die Gebäude frei bleiben, ist das auf den ersten Blick natürlich lobenswert. Nur leider bleibt es bei einer kosmetischen Massnahme für ein besseres optisches Erscheinungsbild. Auf einer Tiefgarage können nämlich lediglich Sträucher und kleine Bäume gepflanzt werden. Grosse, schattenspendende Bäume, die gerade bei Erwärmung und Hitzeinseln in dicht bebauten Gebieten wichtig sind, werden darauf nicht gedeihen. Ausserdem beeinträchtigt die Tiefgarage im Untergrund die Wasseraufnahme bei Starkregen und erhöht damit das Überschwemmungsrisiko.

Zentrumsentwicklung

Die aktuelle Gesetzeslage wirkt sich massgeblich auf das Angebot im Ortskern aus. Es ist beispielsweise kein Zufall, dass viele Lebensmittelgeschäfte in Liechtenstein am Dorfrand liegen. Die grosse Ladenfläche verpflichtet zu einer hohen Mindestanzahl an Parkplätzen. Weil Tiefgaragenplätze mit hohen Kosten verbunden sind, weichen Anbieter wie Coop, Migros und Co. an Standorte aus, die weniger dicht bebaut sind und damit Platz für das kostengünstigere, weitläufige Oberflächenparking bieten.

Die aktuelle Gesetzeslage wirkt sich massgeblich auf das Angebot im Ortskern aus.

Für viele Menschen ist die Distanz damit zu weit, um den Wocheneinkauf zu Fuss zu erledigen. Zudem geht die Lage ausserhalb vom Zentrum oft mit einer weniger frequentierten Anbindung an das ÖV-Netz einher, was einkaufen mit dem Bus unflexibel und zeitaufwendiger macht. Trotz zentrumsnahem Wohn- und Arbeitsort bleibt die vermeintliche Abhängigkeit vom Auto für alltägliche Erledigungen, und damit auch das hohe Verkehrsaufkommen, also bestehen.

Die Parkplatzpflicht, insbesondere der Lösungsansatz von Tiefgaragen, ist also teuer für Eigentümer:innen und Mieter:innen, gefährdet die Sicherheit und belastet das Klima und die Umwelt unverhältnismässig stark. Ausserdem beschneidet sie die Möglichkeiten einer menschenorientierten Raum- und Verkehrsplanung.

Die Parkplatzpflicht, insbesondere der Lösungsansatz von Tiefgaragen, ist teuer für Eigentümer:innen und Mieter:innen.

Wie lassen sich diese Hürden ab- und die Zukunftsperspektiven wieder aufbauen? Klar, in erster Linie gehört die gesetzliche Vorschrift von Mindestparkplätzen für Gebäude abgeschafft. Für einen gesellschaftlichen Wandel und eine Infrastruktur, die diesen fördert, braucht es aber mehr als das. Was also kann die Politik tun, um diesen Vorgang zu unterstützen? Parkhäuser bauen. Das klingt erstmal unkonventionell und entgegen ökologischer Prinzipien, sollte aber aus folgenden Gründen in Betracht gezogen werden: Wenn die Gemeinden am Dorf- oder Zentrumsrand oberirdische Parkgaragen bauen, können Bauherr:innen die benötigten (Mindest-) Parkplätze dort mieten und auf eigene Tiefgaragen verzichten. Das ist kostengünstiger für die Immobilieneigentümer:innen, ermöglicht somit einen tieferen Mietzins und fördert den bezahlbaren Wohnraum. Oberflächenparkdecks im Gemeindebesitz sind ökologisch sinnvoll, wenn Private dadurch vermehrt auf den energie- und ressourcenintensiven Bau von Tiefgaragen verzichten. Zusätzlich werden die Flächen geschützt, auf denen eine hochwertige Begrünung noch möglich ist. Ein gut gewählter Standort verringert den motorisierten Individualverkehr innerhalb vom Dorfzentrum. Was die alltäglichen Wege mit dem Bus, Rad oder zu Fuss attraktiver und sicherer macht, schafft auch mehr Platz für Begegnungsräume.

Oberflächenparkhäuser sind zugegebenermassen ein Dorn im Auge und scheinen auf den ersten Blick weit weg vom Sinnbild einer sozialen und ökologischen Politik. Aber sie holen versteckte Probleme aus der Versenke, veranschaulichen diese und schaffen vorübergehende Lösungen. Im Gegensatz zu Tiefgaragen können sie zu einem späteren Zeitpunkt ausserdem umgenutzt werden – und vorübergehend können sie begrünt oder mit Photovoltaikanlagen bestückt werden.

Loris Vogt
Gemeinderat in Schaan

Loris ist seit August 2022 Gemeinderat in Schaan. Dort engagiert er sich unter anderem als Vorsitzender der Energiekomission.

2 Parkplätze
müssen ab einer Fläche von 100 Quadratmetern mindestens gebaut werden

ab 6 Wohnparteien
müssen zusätzliche Parkplätze für Besucher:innen zur Verfügung gestellt werden

zwischen **CHF 70'000.–** und **80'000.–**
kostet ein Parkplatz im zweiten Untergeschoss

1 von 3
Arbeitsplätze in einer Produktionsstätte gehen mit einem verpflichtenden Parkplatz einher

Wirkungsvolle Klimaschutzpolitik betreiben, jetzt!

Der Oktober 2023 war einer der heissesten Oktober seit Beginn der Aufzeichnungen, teilweise mit Temperaturen über 30 Grad. Gerade aufgrund solcher Rekordtemperaturen und den sich häufenden Naturereignissen dürfen wir die Klimakrise nicht vergessen. Obwohl Liechtenstein ein sehr kleines Land ist, dürfen wir nie unsere Vorbildfunktion unterschätzen. Andere Länder könnten sich beispielsweise an innovativen Nachhaltigkeitsstrategien bereichern und diese ebenso umsetzen. Liechtenstein muss eine in die Zukunft blickende, verantwortungsbewusste Klimapolitik anstreben, denn ein bewohnbarer, für weitere Generationen verfügbarer Planet sollte das Hauptanliegen des Staates sein. Auch wenn Viele dieses Thema bereits leid sind, muss es weiterhin ein primäres Anliegen der Politik bleiben. Wir können es uns nicht leisten, unsere Klimastrategie nicht weiterzuentwickeln und aktiv durchzusetzen. Besonders aufgrund der finanziellen Kapazitäten Liechtensteins sollten wir Nachhaltigkeitslösungen fördern und implementieren, wie zum Beispiel die PV-Pflicht, welche im Moment durch ein Referendum gefährdet ist. Es ist unsere Pflicht als wohlhabendes und sehr wohl fähiges Land einen Beitrag zur Erhaltung unseres Zuhauses zu leisten.

Alexandra Kabasser
Vorstandsmitglied der Jungen Liste

Was, wenn wir einfach die Welt retten?

Handeln in der Klimakrise von Frank Schätzing

Frank Schätzing, der Autor von zahlreichen Romanen, wie z.B. «der Schwarm», sollte eigentlich einen weiteren Thriller schreiben, in dem es um die existenzielle Bedrohung der Menschheit oder Welt geht. Dabei wurde ihm bewusst, dass wir bereits mitten in einem Öko-Thriller stecken. Deshalb entschied er, sein zweites Sachbuch zu schreiben. Aus meiner Sicht ist es Schätzing in «Was, wenn wir einfach die Welt retten?» gelungen ein komplexes Thema – den Klimawandel – in einer verständlichen Sprache, fundiert, anregend und humorvoll zu erklären. Er bezieht alle Bereiche, die mit der Thematik zu tun haben, ein. Er benennt die Ursachen und Wirkungen, die das Klima beeinflussen, zeigt die historischen Zusammenhänge auf und vergisst dabei keine Aspekte und Akteure. Dies wird mit gut recherchierten Fakten untermauert. Wichtig scheint mir auch das Kapitel, das sich mit Wachstum und dessen Möglichkeiten auseinandersetzen. Zum Teil bezieht sich das Buch auf bekanntes, aber auch auf unerwartetes. Es ist strukturiert aufgebaut und kann als informatives Nachschlagewerk genutzt werden. Zu guter Letzt entlässt Schätzing die Lesenden nicht ohne machbare Lösungsansätze aufzuzeigen, die Mut machen die Herausforderungen, die anstehen, anzugehen.

Beatris Senften
Co-Geschäftsstellenleiterin

Die Freie Liste bedankt sich bei allen, die das Jahr 2023 mit ihrem Einsatz für eine soziale, demokratische und ökologische Gesellschaft bereichert haben. Wir sehen uns im 2024!

www.freieliste.li
www.instagram.com/freieliste